

Dringliche Anfrage

Hannover, den 05.10.2026

Fraktion der CDU

Gemeinsames Papier der Autoländer Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen: Teilt die gesamte rot-grüne Landesregierung die vom Ministerpräsidenten verfassten Forderungen?

Die Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg (Bündnis 90/Die Grünen), Bayern (CSU) und Niedersachsen (SPD) haben am 17. September 2026 das gemeinsame Papier „Entschlossen handeln, fairen Wettbewerb sichern, Strukturbrüche vermeiden“¹ veröffentlicht. In dem Papier wird die Automobilindustrie als wirtschaftliches Herz Deutschlands und Europas bezeichnet und es wird zugleich auf erhebliche Herausforderungen durch internationale Konkurrenz, hohe Standortkosten, technologische Veränderungen und den Transformationsprozess der Branche verwiesen. Die Elektromobilität wird darin ausdrücklich als „zentrale Zukunftstechnologie in der Automobilwirtschaft“ bezeichnet. Zugleich verweisen die drei Länder darauf, dass die Elektromobilität auf den weltweiten Absatzmärkten unterschiedlich schnell voranschreitet und Verbrenner etwa in den USA und anderen Regionen weiterhin eine bedeutende Rolle spielen.

Die drei Regierungschefs verständigen sich zudem auf konkrete Forderungen an die Bundesregierung und die Europäische Union. Neben niedrigeren Energie- und Standortkosten sowie einem Abbau bürokratischer Belastungen sprechen sie sich insbesondere für eine technologieoffenere Ausgestaltung der europäischen CO₂-Flottenregulierung aus. Hierzu zählen die Absenkung des CO₂-Minderungsziels für Neuwagen im Jahr 2035 auf pauschal 90 % ohne Kompensation, die weitere Berücksichtigung von hocheffizienten Verbrennern, Plug-in-Hybriden und Range Extendern sowie die Anrechnung ausschließlich mit erneuerbaren Kraftstoffen betriebener Fahrzeuge als Nullemissionsfahrzeuge.

Die Vorsitzende der niedersächsischen Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen bezeichnete eine Abkehr vom bisherigen Verbrenner-Aus im September 2025 als „rückwärtsgewandt“ und als „absolut falsche Debatte“ und erklärte: „Das Ziel 2035 steht.“² Auch der der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angehörende niedersächsische Umweltminister erklärte Ende 2025, er halte eine Abkehr vom Verbrenner-Aus für falsch und wolle, dass ab 2035 nur emissionsfreie Fahrzeuge auf den Markt kommen.³ Zielvorgaben dürften nach Ansicht des Umweltministers von Bündnis 90/Die Grünen nicht ständig aufgeweicht werden.⁴

Mit der Unterzeichnung des gemeinsamen Autoländer-Papiers hat Ministerpräsident Lies damit Forderungen mitgetragen, die in zentralen Punkten von den bislang öffentlich vertretenen Positionen des Koalitionspartners Bündnis 90/Die Grünen abweichen.

¹ <https://www.bayern.de/wp-content/uploads/2026/09/260917-Gemeinsames-Papier-Autolaender.pdf>

² <https://www.zeit.de/news/2025-09/19/kura-findet-abkehr-von-verbrenner-aus-rueckwaertsgewandt>

³ <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/klimapolitik-und-autoindustrie-niedersachsen-setzt-eu-unter-druck%2Cgruenerstahl-100.html>

⁴ <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/aus-fuers-verbrenner-aus-reaktionen-zwischen-freude-und-frust,verbrenner-110.html>

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Stellen die in dem von Ministerpräsident Lies unterzeichneten Autoländer-Papier formulierten Forderungen - insbesondere Absenkung des CO₂-Minderungsziels für Neuwagen im Jahr 2035 auf pauschal 90 % ohne Kompensation; weiteren Einsatz hocheffizienter Verbrenner, Plug-in-Hybride und Range Extender als Übergangstechnologien zu ermöglichen sowie ausschließlich mit erneuerbaren Kraftstoffen betriebene Fahrzeuge als Nullemissionsfahrzeuge anzurechnen - die abgestimmte Position der gesamten Landesregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen dar?
2. Auf welcher Abstimmungs- und Entscheidungsgrundlage innerhalb der Landesregierung - insbesondere zwischen der Staatskanzlei, dem Umweltministerium sowie dem Kultusministerium als für die politische Koordinierung zuständigen Ressorts der stellvertretenden Ministerpräsidentin von Bündnis 90/Die Grünen - hat Ministerpräsident Lies das gemeinsame Autoländer-Papier unterzeichnet und die darin enthaltenen Forderungen als Position des Landes Niedersachsen gegenüber Baden-Württemberg und Bayern vertreten?
3. Welche konkreten Schritte hat die Landesregierung bereits unternommen oder beabsichtigt sie zu unternehmen, um die in dem gemeinsamen Autoländer-Papier enthaltenen Forderungen gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Union geschlossen zu vertreten und durchzusetzen?

Carina Hermann

Parlamentarische Geschäftsführerin